



Bericht

der Landesregierung

Den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV.SH) für die Zukunft gut aufstellen

Federführend ist das **Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie**

Vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Haushaltsstrukturkommission und den Beschlüssen der Landesregierung im Jahr 2010 und im Zuge der Konsolidierungsbeschlüsse der Landesregierung aus dem Jahr 2013 wurde auch mit dem LBV.SH ein Stellenabbaupfad vereinbart. Grundlage dieser Vereinbarung waren sinkende Bauprogramme sowohl des Bundes als auch des Landes. Zwischenzeitlich haben sich die Rahmenbedingungen grundsätzlich verändert und ein Aufgabenzuwachs ist zu verzeichnen.

Im Jahre 2014 hat die Landesregierung für die Jahre 2014 bis 2017 ein **Sondervermögen in Höhe von 42,5 Mio. € für die Sanierung von Landesstraßen** eingerichtet. Darüber hinaus stellt die Landesregierung im Rahmen des IMPULS-Programms für die Jahre 2016 und 2017 weitere Mittel für die Sanierung der Landesstraßen in Höhe von insgesamt 25 Mio. € zur Verfügung.

Parallel zu dem „Investitionshochlauf“ des Landes beschloss die Bundesregierung, für die Jahre 2016, 2017 und 2018 zusätzliche Mittel in Höhe von **insgesamt 1,9 Mrd. € für die Bundesfernstraßen** in ganz Deutschland zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel werden nicht nach Länderquoten, sondern für Maßnahmen eingesetzt, für die bereits Baureife vorliegt bzw. kurzfristig erlangt wird. Zudem wurde im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 eine ganze Reihe von Maßnahmen in Schleswig-Holstein in den vordringlichen Bedarf eingestuft sowie das wichtige Ziel angekündigt, der Erhaltung und dem Ersatz der Bestandsnetze Vorrang zu geben. Eine Erhöhung der Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen ist auf Bundesseite vorgesehen.

Diese neue Entwicklung stellt den LBV.SH vor enorme Herausforderungen. Einerseits soll der Stellenabbaupfad eingehalten werden, andererseits sollen die **zusätzlichen Investitionsmittel für Bundesfern- und Landesstraßen** kurzfristig umgesetzt werden. Hierfür benötigt der LBV.SH ausreichend Personal und Werkvertragsmittel, um Dritte mit der Planung der Straßenbauprojekte zu beauftragen und zu betreuen.

Der LBV.SH hat daher bereits Anfang 2015 eine Stellenausschreibung für Straßen- und Brückenbauingenieurinnen und -ingenieure veranlasst, um die Bauprogramme abwickeln zu können. Aus diesem Bewerberpool konnten lediglich 10 Personen eingestellt werden. Es konnten nicht einmal die freiwerdenden Stellen wieder besetzt werden, so dass zwei weitere Ausschreibungsverfahren für Ingenieurinnen und Ingenieure aber auch für Juristinnen und Juristen durchgeführt wurden.

Es zeigt sich deutlich, dass es für den LBV.SH immer schwieriger wird, qualifiziertes Personal für den Planungsbereich zu rekrutieren. Insbesondere erweist sich die Nachbesetzung von freiwerdenden Stellen in den Niederlassungen Flensburg, Rendsburg und Itzehoe als besondere Herausforderung.

Der LBV.SH greift zunehmend auf externes Know-how zurück, sei es im Planungs- oder auch im Rechtsbereich im Zusammenhang mit Planfeststellungs- und Klageverfahren. Der Einsatz der DEGES wird seit langem projektbezogen geprüft und entschieden. So geschehen bei dem sechsspurigen Ausbau der A 7 zwischen Bordesholm und Hamburg und dem Ersatzbauwerk der Rader Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal.

Die Personalausstattung der Planungsbereiche des LBV.SH beträgt im Schnitt der vergangenen Jahre circa 100 Personen. Im Durchschnitt waren im Jahr 2011 98, im Jahr 2012 105, im Jahr 2013 100, im Jahr 2014 96 und im Jahr 2015 95 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung im Planungsbereich der Neu- und Ausbaumaßnahmen tätig, sowohl im Dezernat Straßenentwurf und Umweltschutz in Kiel sowie in den Bauvorbereitungssachgebieten der vier Niederlassungen.

Im Bereich der Anhörung und Planfeststellung Verkehr waren im Jahr 2013 inklusive Dezernatsleitung nach Verlagerung eines Teilteams in das „Amt für Planfeststellung Energie“ zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Um diesen Aufgabenbereich zu stärken, sind bereits Einstellungen erfolgt, so dass jetzt über 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inkl. Dezernatsleitung) im LBV.SH beschäftigt sind. Dieser Personalbestand der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde soll weiter erhöht werden. So soll das Team aktuell durch drei Juristinnen und Juristen verstärkt werden.

Jedoch machen der demografische Wandel und der damit verbundene Fachkräftemangel auch vor Schleswig-Holstein nicht halt. Bisher hatte die öffentliche Verwaltung den Vorteil, gegenüber der Privatwirtschaft, mit „weichen Faktoren“, z.B. flexible Arbeitszeiten, günstige Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Arbeitsplatzsicherheit zu punkten. Diese Vorteile scheinen heute weniger zu greifen.

Der LBV.SH lotet daher verschiedene Möglichkeiten aus, um für potenzielle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv zu sein. Beispielsweise kooperiert er mit der Fachhochschule (FH) Lübeck und anderen Hochschulen und bietet den Studierenden die Möglichkeit, sich mit den Aufgaben des Landesbetriebes im Rahmen von Baustellenexkursionen und Vorträgen, Workshops, Praktika, Bachelor- und Masterarbeiten vertraut zu machen. So können Kontakte zu Studierenden geknüpft und für den Landesbetrieb relevante Studieninhalte angeboten werden. Darüber hinaus soll die bereits bestehende duale Ausbildung mit der FH Lübeck in der Kombination Bauingenieurstudium mit Straßenwärterausbildung zukünftig auch in Kombination mit der Ausbildung zum Technischen Zeichner angeboten werden.

Im Bereich der Nachwuchskräftegewinnung verfolgt der LBV.SH das Ziel, bereits begonnene Aktivitäten durch mehr Messe- und Schulbesuche zu intensivieren oder während der Kieler Woche für den LBV.SH als Arbeitgeber zu werben. Darüber hinaus bereitet sich die Straßenbauverwaltung auf eine verstärkte Präsenz in den sozialen Medien vor, um moderne Kommunikationswege zu nutzen. Um die Bindung von Studierenden an den LBV.SH zu verbessern, ist zudem geplant, Praktika künftig zu vergüten. Außerdem soll ausgewählten Studenten die Chance gegeben werden, bereits als Werkstudenten Erfahrung in der Straßenbauverwaltung zu sammeln.

Eine Befragung junger Studierender hat ergeben, dass lange Vorbereitungszeiten, die bisher den Einstieg in den ehemaligen gehobenen und höheren Dienst prägen, vielen Studienabsolventen nicht mehr reizvoll erscheinen. Aus diesem Grund beabsichtigt der LBV.SH, zukünftig auch Trainee-Stellen anzubieten. Ziel ist es, den Absolventinnen und Absolventen ein kürzeres Einarbeitungsprogramm bei voller Bezahlung anzubieten.

Neben den eigenen Personalressourcen müssen auch die zur Verfügung stehenden Werkvertragsmittel berücksichtigt werden. Durch diese Werkvertragsmittel können

Arbeitsspitzen sowie spezielle Aufgaben und Fragestellungen an Dritte verlagert werden. Hierzu gehört nicht zuletzt die DEGES, die bereits heute mit zwei großen Projekten, dem Ausbau der A 7 sowie dem Neubau der Rader Hochbrücke im Zuge der A 7 beauftragt ist. Gerade angesichts des aktuellen „Investitionshochlaufs“ des Bundes und gleichzeitig sehr knappen Personalressourcen im Land ist diese externe Unterstützung wichtig, da der Stellenabbaupfad diesem „Investitionshochlauf“ diametral entgegenläuft.